

Er schreibt und schreibt und schreibt

Heinrich August Winkler erkennt die durch den Brexit und durch Donald Trump verschärfte Krise des Westens, nicht jedoch deren Ursachen.

Von Gregor Schöllgen

Zerbricht der Westen? Die Frage zu stellen heißt von der Existenz des Westens auszugehen. Das tut Heinrich August Winkler, längst emeritierter Ordinarius an der Berliner Humboldt-Universität und einer der fleißigsten deutschen Historiker seiner Generation. In vier Bänden mit insgesamt gut viereinhalbtausend Seiten hat er zuletzt die „Geschichte des Westens“ von den „Anfängen in der Antike“ bis zur Gegenwart aufgeschrieben. Wer wie er den Westen als Wertegemeinschaft begreift, wer Menschenrechte und Demokratie als das einigende Band dieser Gemeinschaft identifiziert, den müssen die Zeichen der Zeit beunruhigen. Deshalb hat er abermals zur Feder gegriffen. Das Buch knüpft an den letzten Band seiner Geschichte der westlichen Welt an, der die Entwicklung bis zur Ukraine-Krise des Jahres 2014 behandelt, und das heißt: Auf 500 Seiten, Rückblicke inklusive, werden jetzt die drei seither vergangenen Jahre Schritt für Schritt abgegangen.

Im Grunde handelt es sich um ein Itinerar, das die Entwicklung der Staaten und ihrer Gemeinschaften Woche für Woche, mitunter auch Tag für Tag verzeichnet und den Leser so zuverlässig durch das Dickicht der nationalen und internationalen Verwerfungen der vergangenen Monate führt. Alleine die jedes Detail ausleuchtende Rekonstruktion des Brexit nimmt 50 Seiten in Anspruch. Das macht die Lektüre mitunter mühsam, zumal der Autor auf einen durchgängigen analytischen Zugriff verzichtet. Andererseits gibt es so gut wie keine Weichenstellung der vergan-

genen Jahre, über die sich nicht streiten ließe. So gesehen, läßt Winkler – das ist eine Stärke seines Buches – ständig zum Widerspruch ein. So zum Beispiel mit seiner Antwort auf die Frage: „Was folgt aus dem Brexit?“ Bedeutet das Ergebnis des britischen Referendums wirklich eine „tiefe Zäsur“, gar eine „Erschütterung“? Tatsächlich kann die EU auch ohne ein Land auskommen, das der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erst nicht beitreten wollte, dann nicht beitreten durfte und schließlich seit der Aufnahme 1973 wie kein zweites Mitglied auf Sonderkonditionen und Ausnahmeregelungen bestanden hat. Schwerer wiegt, dass eine Mehrzahl der Briten offensichtlich der Überzeugung ist, internationale Krisen wie die unkontrollierte Migration ließen sich im Alleingang lösen.

Diese Auffassung teilen auch Amerikas republikanischer Präsident und mit ihm etwa die Hälfte seiner Landsleute, die im November 2016 zur Wahl gegangen sind. Für Winkler ist der „Bruch“, den Donald Trump schon bei seiner Amtseinführung mit der bisherigen Politik der Vereinigten Staaten vollzog, „radikal“. Insofern der Präsident „kein Wort zu den unveräußerlichen Menschenrechten“ oder auch zu den Verbündeten verlor, kann man dem Autor darin gewiss folgen. Aber gilt das auch für Winklers Einschätzung, Trumps Devise „America First“ sei „eine Absage an die universellen Werte, in deren Zeichen die Vereinigten Staaten 1776 gegründet wurden“?

„America First“ war die Maxime sämtlicher amerikanischer Präsidenten, gerade auch nach 1945. Keiner von ihnen ließ einen Zweifel daran, dass die Interessen des eigenen Landes Vorrang vor denen aller anderen Länder haben müssen, diejenigen der Verbündeten, Partner und Freunde eingeschlossen. Tatsächlich gibt es kein vernünftiges Argument, warum ein Staats- und Regierungschef die Interessen seines Landes nicht als vorrangig definieren sollte. Er oder sie muss das sogar tun. Denn den „Nutzen“ des eigenen Landes zu „mehren“ – so die deutsche Eidesformel – ist der ausdrückliche Auftrag auch eines Bundeskanzlers.

Die Frage ist nur, wie das geschieht. Die transatlantische Allianz war seit ihrer



Vor dem Buckingham Palace: Touristen in London – geschützt vom Union-Jack-Schirm – im November 2016

Foto dpa

Gründung im Frühjahr 1949 immer auch, wenn nicht in erster Linie, ein Mittel amerikanischer Interessenpolitik auch in und gegenüber Europa. Das war legitim, denn die Westeuropäer verdankten der massiven Präsenz der Vereinigten Staaten ihre Freiheit und ihren Wohlstand. Im Gegenzug teilten oder akzeptierten sie den Wertekanon Amerikas und nahmen ihn als Synonym für die Werte des Westens.

Spätestens seit dessen Vor- und Garantiemacht unter Berufung auf diese Werte in Vietnam einen zehnjährigen Krieg führte, der für manchen Beobachter Züge eines Genozids trug und der erste Ökozid der jüngeren Geschichte gewesen ist, hatte der Westen allerdings seine Glaubwürdigkeit verloren. Und das nicht nur beim weltpolitischen Gegner oder in der damals sogenannten Dritten Welt, sondern auch in den eigenen Reihen. Auch deshalb gibt es diesen alten Westen nicht mehr. Vor allem aber ist ihm vor einem Vierteljahrhundert der Osten abhandengekommen. Dieser Verlust lässt sich

schwerlich überschätzen, weil der Wertekanon der Nato oder der europäischen Gemeinschaften gerade in der Abgrenzung von der kommunistischen Welt seine volle Überzeugungskraft entfaltete.

Keine der westlichen Gemeinschaften hat es in den vergangenen 25 Jahren geschafft, sich diesen grundlegend geänderten Verhältnissen anzupassen, im Gegenteil: Unfähig oder unwillens zur Reform, aber auch überwältigt vom Andrang der jungen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, nahmen Nato und Europäische Union in Serie neue Mitglieder auf, von denen viele die Vorgaben bestenfalls auf dem Papier erfüllten. Lediglich bei der Türkei zog Europa dann doch noch die Notbremse, wie Winkler anschaulich schildert.

So gesehen, handelt sein Buch von Symptomen der Krise, nicht von ihren Ursachen. Geht es wirklich darum, die „Reform der Währungsunion und der Europäischen Union“ voranzutreiben, sich also in den nicht bewährten Bahnen wei-

terzubewegen? Oder ist es nicht an der Zeit, die Anachronismen hinter sich zu lassen und den Realitäten der globalisierten Welt Rechnung zu tragen? Zu ihnen gehört die Renaissance des Nationalstaates, auch in Europa. Man mag sie beklagen, man mag sie begrüßen, aufhalten kann man sie nicht. Nichts verbindet die Menschen so sehr wie die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Kultur, die gemeinsame natürliche Umwelt, die gemeinsame Geschichte und immer auch eine gemeinsame Gefahr: Die Flüchtlingskrise – auch sie ist zentrales Thema dieses Buches – wurde in ausnahmslos allen Ländern als nationale Herausforderung begriffen.

Die von Winkler diagnostizierte „Entnationalisierung der westlichen Demokratien“ war vielleicht in einigen Phasen des Kalten Krieges – und dann namentlich in der Bundesrepublik, einem Land ohne vollständige äußere Souveränität – zu besichtigen. Die Wirklichkeit sieht nicht erst seit Brexit und Trump anders aus.

Mit einer Reparatur hier, einer Ergänzung alter Verträge dort ist es nicht getan.

Die westliche Wertegemeinschaft, auch das auseinanderdriftende Europa, muss durch die dazu bereiten Nationen von Grund auf neu verhandelt werden, was nicht mit der Entsorgung, sondern mit der Erhaltung von Bewährtem gleichzusetzen ist. Nicht zufällig tauchte dieser Gedanke, auch in Deutschland, im Umfeld der sogenannten Ost-Erweiterung der EU auf. In einer Zeit, in der einige der Neuankommlinge den Wertekanon der EU und damit des Westens in Frage stellen, ist er aktueller denn je.



Heinrich August Winkler:
Zerbricht der Westen?
Über die gegenwärtige
Krise in Europa und
Amerika.

C.H. Beck Verlag,
München 2017. 493 S.,
24,95 €.